



(Geistes-) Wissenschaft im öffentlichen Diskurs

Ein praxisorientierter Leitfaden

von Lara Wüster (M.A.)

HUMBOLDT-
UNIVERSITÄT
ZU BERLIN



Studiengang: Master Philosophie
Universität: Humboldt Universität
Lehrveranstaltung: "Was ist, was kann und was soll öffentliche
Philosophie?"
Semester: WiSe 2023/24
Dozent/in: Dr. Romy Jaster
Abgabedatum: 31.08.2024

Struktur

1.	<i>Einleitung</i>	3
2.	<i>Begriffsklärung</i>	4
2.1	Gesellschaftsrelevante, wissenschaftliche, politische Fragestellung	4
2.2	Politik und <i>Policies</i>	5
2.3	Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation.....	5
2.4	Massenmedien und Framing	6
2.5	Demokratie und öffentliche Meinung.....	6
3	<i>Fallbeispiel: Die Talkshow „Hart aber fair“</i>	8
3.1	Rahmenbedingungen und Ausrichtung.....	9
3.2	Inhalt und Positionen der Teilnehmenden	10
3.3	Gesprächsformat	11
3.4	<i>Framing</i>	12
4	<i>Wissenschaftlicher Expertise in der demokratischen Öffentlichkeit</i>	13
4.1	Rollenreflektion	13
	Reine Wissenschaftler*in oder Wissenschaftliche Berater*in	13
	Interessenvertreter*in	14
	Ehrliche Vermittler*in von Alternativen.....	15
4.2	Einflussnahme auf den öffentlichen und politischen Diskurs	16
	Ideal-Modell und Optimismus.....	16
	Real-Modell und Pessimismus	17
4.3	Einflussnahme auf die Politik.....	18
5	<i>Die Sonderrolle öffentlicher Philosophie: Diskurshygiene-Wächter*in</i>	19
5.1	Kritik an der Rolle der Diskurshygieneverwächter*in	21
6	<i>Strategie und Prinzipien für Wissenschaftskommunikation in öffentlichen Medien</i> ..	22
7	<i>Konklusion</i>	25
	<i>Bibliografie</i>	26

1. Einleitung

Die völkerrechtswidrige russische Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 markiert eine Zäsur in der europäischen Sicherheitspolitik und hat tiefgreifende geopolitische Auswirkungen. Der Einmarsch bedroht nicht nur die Souveränität der Ukraine, sondern auch das gesamte europäische Friedensprojekt, das seit dem Ende des Kalten Krieges bestand. Diese Auseinandersetzung hat die Solidarität und Unterstützung der westlichen Demokratien für die Ukraine gestärkt, gleichzeitig jedoch die Spannungen zwischen Russland und dem Westen erheblich verschärft. In diesem Kontext steht Deutschland, wie auch andere Staaten, vor der politischen Entscheidung, welche Art und welches Ausmaß von Unterstützung der Ukraine gewährleistet werden soll. (Bundeszentrale für politische Bildung; Bundeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)

Der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen politischen Entscheidungen bieten einen geeigneten Rahmen, um die komplexe Wechselwirkung zwischen Politik, Wissenschaft, Medien und öffentlicher Meinung zu untersuchen. Zunehmend wird die Wissenschaft, einschließlich der Sozial- und Geisteswissenschaften (Kübler 234), bei politischen Entscheidungen zu Rate gezogen (Wissenschaftsrat¹ 17). Wissenschaftler*innen stehen vor der Herausforderung und Entscheidung, ihre Expertise in einem medial geprägten Kontext öffentlich zu kommunizieren, in dem *Framing* (siehe 2.4) und journalistische Interpretation die Wahrnehmung beeinflussen.

In dieser Arbeit argumentiere ich, warum wissenschaftliche Expert*innen trotz zahlreicher Hürden und Unannehmlichkeiten an Formaten wie Talkshows teilnehmen sollten, um am Diskurs der demokratischen Öffentlichkeit mitzuwirken und somit auch die Politik zu beeinflussen. Pielkes Buch *The Honest Broker* dient als Grundlage für die Reflexion über die verschiedenen Rollen, die Wissenschaftler*innen in solchen Kontexten einnehmen können. Zudem wird das *Positionspapier des Wissenschaftsrats* herangezogen, um die Anforderungen an eine effektive Wissenschaftskommunikation zu beleuchten und zu hinterfragen. Nach einer Begriffsklärung zu relevanten Themen, wie der Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik, Massenmedien und öffentlicher Meinung, wird anhand eines Fallbeispiels die Wissenschaftskommunikation in einer spezifischen „Hart aber fair“-Talkshow-Sendung analysiert. Auf dieser Grundlage wird der Wert wissenschaftlicher Expertise für die demokratische Öffentlichkeit diskutiert, wobei verschiedene Rollen- und Demokratiemodelle thematisiert werden. Ich schließe mit meiner Strategie des reflektierten, wissenschaftlichen Aktivismus‘, den ich in

¹ Im Folgenden mit WR abgekürzt.

diesem Kontext der Wissenschaftler*in vorgeschlagen hätte. Ich stelle am Ende, unabhängig von der gewählten Strategie, Prinzipien für eine effektive Wissenschaftskommunikation in öffentlichen Medien vor, um den besonderen Herausforderungen solcher Auftritte gerecht zu werden.

2. Begriffsklärung

Im folgenden Abschnitt definiere ich die Begriffe, die ich laufend in dieser Arbeit verwenden werde und stelle sie am Ende in ihrem komplexen Zusammenhang dar (Abbildung 1). Zuerst definiere ich, was ich unter einer gesellschaftsrelevanten, wissenschaftlichen, politischen Fragestellung verstehe, und warum diese ein Zusammenspiel aus Politik, Journalismus und Wissenschaft auslöst. Dann definiere ich Politik und *Policies*, Massenmedien und Wissenschaftskommunikation. Zuletzt gehe ich auf zwei verschiedene Demokratiemodelle ein und wie diese jeweils die Definition von öffentlicher Meinung beeinflussen.

2.1 Gesellschaftsrelevante, wissenschaftliche, politische Fragestellung

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, wird für politische Entscheidungsprozesse, die gesamtgesellschaftlich von hoher Relevanz sind, immer öfter die Wissenschaft zu Rate gezogen (WR 17). Zusätzlich hat sich eine gewisse öffentliche Erwartungshaltung etabliert, dass die Wissenschaft sich mit ihren Erkenntnissen auch bei Debatten klar positioniert (WR 18). So genannte “Public Issues” werden zu “Socio-Scientific-Issues”, die sich nicht nur auf medizinische Expertise (wie bei Covid 19) beschränken, sondern auch auf Themen wie Klimawandel, künstliche Intelligenz, Rassismus und Terrorismus ausdehnen (WR 17). Bei diesen Themen ist sehr unwahrscheinlich, dass es einen Konsens bezüglich der Faktenlage gibt,² und/oder einen Konsens bezüglich der Werte, die die Handlungsoptionen prägen (Pielke 18).

Eine gesellschaftsrelevante, wissenschaftliche, politische, Fragestellung (im Folgenden GWP-Fragestellung) ist somit eine, die eine politische Entscheidung erforderlich macht (politischer Diskurs), wissenschaftliche Expertise bedeutsam oder sogar notwendig macht (Wissenschaftskommunikation) und gesellschaftlich diskutiert wird (öffentlicher Diskurs). Eine GWP-Fragestellung ist keine, die durch simple Fakten lösbar ist und eine klare, wünschenswerte Antwort hat („tornado politics“) (Pielke 41-42). Sie beinhaltet Wert- und Zielkonflikte („abortion

² Selbst wenn es Konsens über alle relevanten Informationen geben würde, sind Fakten nicht ausreichend für eine politische Entscheidung (Pielke 18).

politics)“ (Pielke 41-42).³ Oft ist ihre Beantwortung und Lösung von akuter Dringlichkeit z.B. bei kriegerischen Konflikten, die täglich Leben kosten.

2.2 Politik und *Policies*

Politik verstehe ich nach Pielke als das Aushandeln, Feilschen und sich auf Kompromisse einzulassen, um gewünschte Ziele zu erreichen (Pielke 22), d.h. um eine Antwort auf eine GWP-Fragestellung auf Handlungsebene innerhalb des politischen Systems zu finden. *Policies* sind dabei die resultierenden politischen Maßnahmen und Handlungswege, auf die sich eine Gruppe mit weitreichenden Auswirkungen festgelegt hat (Pielke 26).

2.3 Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation

Wissenschaft ist das systematische Streben nach Wissen (Pielke 31). Externe Wissenschaftskommunikation ist der Transfer via verschiedene Kommunikationsmittel und Wege von wissenschaftlichem Wissen aus dem Wissenschaftsbereich hinaus zu verschiedenen Akteuren und Zielgruppen (WR 7-8). Dabei gibt es verschiedene Funktionen und Zielen, wie u.a. Informieren und Aufklären, partizipativem Dialog oder Beratung und Problemlösung (WR 11-12). Ich fokussiere mich auf zwei Zielgruppen von Wissenschaftskommunikation bezüglich einer GWP-Fragestellung: die Öffentlichkeit (via Massenmedien) (WR 23) und die Politik (via Ausschüsse, Expert*innenräte, oder beratenden Instituten) (Kübler). In Bezug auf die Politik kann die Wissenschaft fundierte Informationen und Analysen bieten, die zur Lösung beitragen können, (Kübler 229) und/oder konkrete Politikberatung leisten (WR 21).

Das Verständnis der Anwendung von wissenschaftlichen Erkenntnissen hat sich in der heutigen Zeit verändert. Das lineare Modell ging davon aus, dass es eine Forschungsphase gab, dann einen wissenschaftlichen Konsens, der sich auf relevante Weise auf gesellschaftliche Themen oder politische Entscheidungen anwenden ließ (Pielke 125).⁴ Das Stakeholder-Modell geht davon aus, dass Wissenschaftskommunikation als Konversation stattfindet, mit einem gegenüber, das nicht nur rezipiert, sondern aktiv kontextualisiert, interpretiert und auch selbst

³ Wenn es um die Frage geht, ob es sicherer wäre bei einem aufziehenden Tornado in einen Schutzraum zu gehen, gibt es Konsens über Werte (Überleben) und Informationen (entweder der Tornado ist gleich da oder nicht). Bei der Frage, wie Abtreibung rechtlich geregelt werden soll, ist beides, Werte- und Informationsebene, ein Konfliktfeld. (Pielke 41-42) Bei kriegerischen Konflikten spielen Werte eine Rolle bei der Bewertung von Handlungsoptionen und deren Wahrscheinlichkeit auf Erfolg. Ist man zum Beispiel optimistisch bezüglich der menschlichen Natur, spricht man sich eher für Friedensdialoge aus. Das Ziel könnte eine Wiederherstellung des Status quo sein, in dem Russland sich zurückzieht. Darauf komme ich später noch genauer zu sprechen (Abschnitt 5).

⁴ Pielke betont zahlreiche Probleme, die das lineare Modell für die Wissenschaft aufwirft. Unter anderem eine zunehmende Politisierung der Wissenschaften und dadurch eine Einschränkung der Vielfalt von alternativen Perspektiven und Handlungsempfehlungen, die es sonst noch gäbe, würden Wissenschaftler*innen keinen politischen Agendas folgen oder Partei ergreifen. (Pielke 124-125)

spricht (Pielke 14), hiervon werde ich im Folgenden ausgehen. Somit bietet die Wissenschaft jedoch oft keinen klaren Handlungsweg, gerade bezüglich akuter Problemstellungen, sondern befindet sich auch an der Front des Diskurses an der es (noch) keinen Konsens gibt und Unsicherheiten an der Tagesordnung sind (Pielke 35).

2.4 Massenmedien und Framing

Um sich innerhalb eines Diskurses über eine GWP-Fragestellung zu informieren, nutzen Bürger*innen eher nicht die Webauftritte wissenschaftlicher Einrichtungen, sondern Nachrichtenmedien (WR 24). Massenmedien sind Kommunikationsmittel, die Informationen, Meinungen und Unterhaltung in großem Umfang verbreiten. Dazu zählen Zeitungen, Zeitschriften, Radio, Fernsehen⁵(öffentlich-rechtlich und privat) und das Internet (Vowe). Das deutsche Mediensystem ist demokratisch-korporatistisch strukturiert: ein Mediensystem, das durch private Eigentumsstrukturen geprägt ist und staatlichen Einfluss weitgehend (mehr oder weniger erfolgreich) meidet, um eine unabhängige und pluralistische Berichterstattung zu gewährleisten (Badr 130 ff.). Medien verwenden als Kommunikationsstrategie *Framing*: *Frames* bestimmen das Deutungsmuster in dem Informationen dargeboten werden. Dies geschieht durch Ordnung, Strukturierung, Definitionen, moralische Bewertungen und sogar Handlungsempfehlungen bezüglich des Themas (Badr 39). In diesem Kontext werden und wollen Medien nicht mehr nur als passive Übermittelnde von Informationen gesehen werden, sondern als aktive Mitgestaltende in einem dialogischen Prozess mit Publikum und Quelle (sei es Wissenschaft, Politik oder andere), die nicht unparteiisch sein müssen (oder überhaupt gar nicht sein können) (Görke 694). Dies werde ich in meiner Analyse der Sendung „Hart aber fair“ wieder aufgreifen.

2.5 Demokratie und öffentliche Meinung

Demokratie wird allgemein als ein System verstanden, in dem Individuen (als Bürger*innen oder als Interessengruppen) an wichtigen Entscheidungen, die sie betreffen, teilhaben. Modelle für die Art und Funktionsweise dieser Teilhabe unterscheiden sich praktisch als auch theoretisch voneinander maßgeblich. (Pielke 29) Demokratischer Diskurs kann als Wettbewerb konkurrierender Interessen (Real-Modell) oder als pluralistischer Deliberationsraum (Ideal-Modell) verstanden werden (Pielke 12).⁶ Diese verschiedenen Modelle beeinflussen, wie die Rollen und Einflussnahme von Wissenschaft und Öffentlichkeit in Bezug auf Politik verstanden werden (Pielke 11).

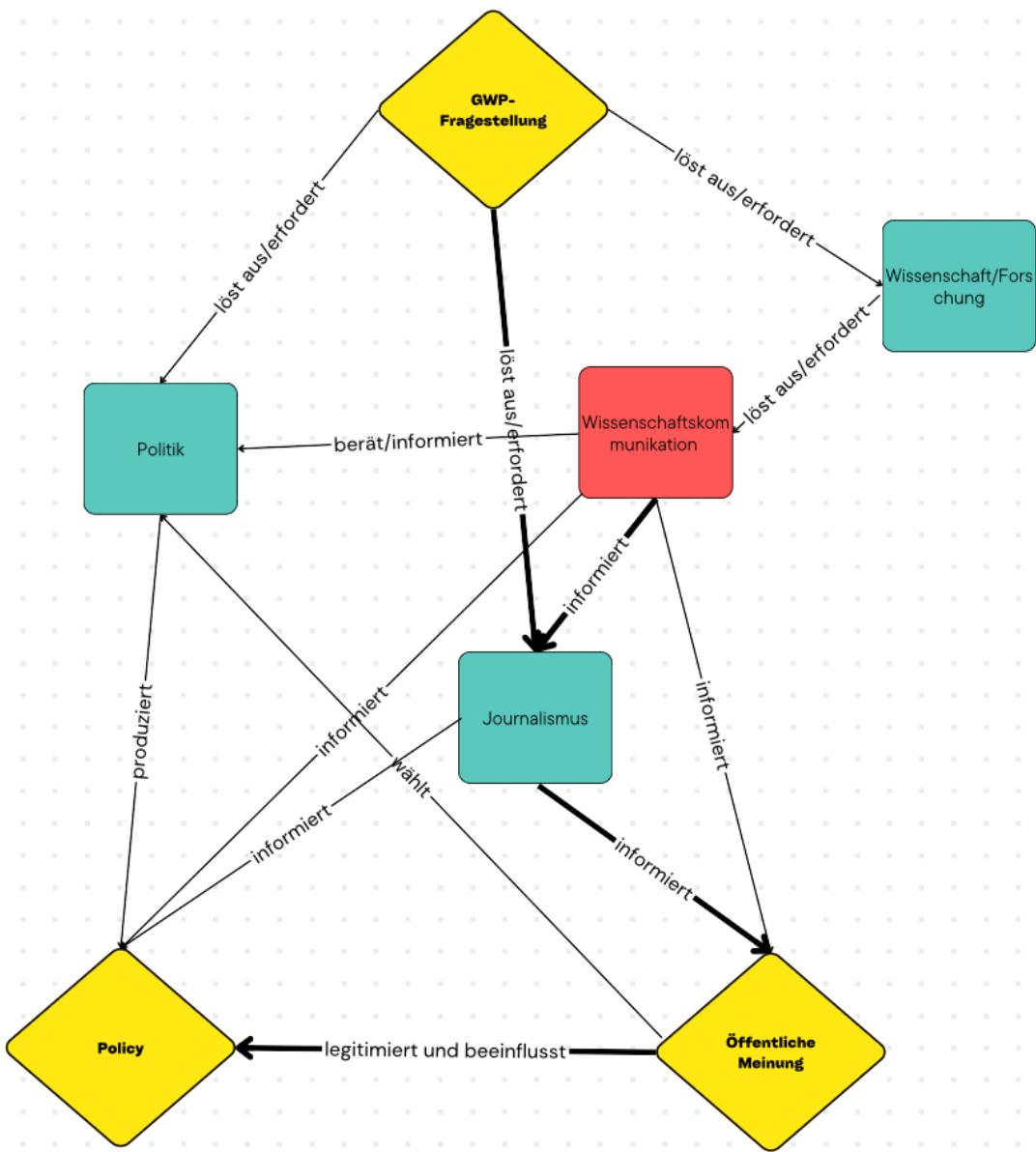
⁵ Wie dies zu bewerten ist, ist eine eigene Diskussion (Trench), für die ich hier keinen Raum habe. Ich habe die Modellnamen in anbetracht der folgenden Diskussion abgeändert und nicht von Pielke übernommen.

⁶ Es gibt noch mehr Demokratietheorien, aber ich beschränke mich hier auf diese zwei Hauptmodelle.

Im Real-Modell versuchen verschiedene Interessengruppen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den Diskurs zu dominieren. Realistische Demokratietheorien gehen davon aus, dass es im gesellschaftlichen Diskurs nicht um rationales Deliberieren geht, sondern um Parteilichkeit und soziale Identitäten, die sich gegenseitig widersprechen können (Brennan 137). Die Philosophin Chantal Mouffe schlägt in diesem Kontext vor, Demokratie als System, das diese Feindseligkeiten zwischen Kontrahenten „zähmt“ zu verstehen (Mouffe 754). Spannungen sollen als produktive Kraft gefördert und verwendet werden, anstatt unerreichbare Ideale anzustreben (Mouffe 754). Innerhalb eines Diskurses wird eine Entscheidung also nicht durch rationales Deliberieren und Konsensfindung erreicht, sondern eher durch einen an Kuhn angelehnten Paradigmenwechsel, eine Konversion. Kompromisse sind daher nur prozedurale Zwischenschritte (Mouffe 755-56). Die öffentliche Meinung ist also für dieses Modell ein kompetitives Spannungsfeld, in dem verschiedene Interessengruppen versuchen den Diskurs zu dominieren und zu prägen.

Im Ideal-Modell begegnen sich Bürger*innen als gleichberechtigte Teilnehmer*innen im Diskursraum, um über Argumente rational und unter gegenseitigem Respekt zu deliberieren und einen rationalen Konsens anzustreben (vgl. Habermas 285-287). Habermas folgt mit dieser Definition Rawls‘ politischer Theorie eines „public reason“: Regeln und politische Maßnahmen müssen vor allen vernünftigen Bürger*innen (in Theorie) gerechtfertigt werden können, während eindeutig unvernünftige oder inkonsistente Ansichten ausgeschlossen werden (Rawls 212 f.). Nach Habermas und Rawls lenkt die öffentliche Meinung als öffentliche Vernunft verstanden also die politische Macht mit (vgl. Habermas 289-290; Rawls 216-217).

Zusammenfassend sind Politik, Wissenschaft und Journalismus ein komplexes System, das die Entscheidung bezüglich der GWP-Fragstellungen maßgeblich prägt. Wissenschaftskommunikation kommt innerhalb dieses komplexen Kommunikationssystems als Dreh- und Angelpunkt dessen zu Wort, was die öffentliche Meinung als auch die politischen Entscheidungsträger*innen mit Informationen versorgt oder auch berät. Oft ist das Medium aber nicht die direkte Informationsvermittlung, sondern der Umweg über journalistische Vermittlung (WR 23). Gerade bei GWP-Fragestellungen kann die Wissenschaft nicht nur Informationen liefern, sondern trägt zur Argumentation für bestimmte *Policies* direkt oder indirekt bei, unabhängig davon, ob Wissenschaftler*innen sich bewusst positionieren oder nicht (siehe Abbildung 1 für eine übersichtliche Darstellung aller Zusammenhänge).



1 Übersicht über alle Begriffe aus "2. Begriffsklärung" im Zusammenhang

3 Fallbeispiel: Die Talkshow „Hart aber fair“

Nehmen wir an, eine Wissenschaftlerin forscht zum Thema Krieg und Frieden im Bereich der Politikwissenschaften und Sozialphilosophie und ist selbst Philosophin. Sie wird vier Tage vor der Live-Ausstrahlung am 04.03.2024 angefragt, ob sie in der TV-Talkshow „Hart aber fair“ zum Thema „Aufrüsten statt Abrüsten: Muss Deutschland wirklich kriegstüchtig werden?“ (WDR) sprechen möchte. Sie entscheidet sich dagegen, da sie noch nie an einer Talkshow teilgenommen hat und ihr die Fragestellung zu brenzlig ist. Im Folgenden möchte ich erst eine

Analyse der Talkshow vornehmen, um dann im Anschluss zu argumentieren, warum und wie die Wissenschaftlerin hätte teilnehmen können und sollen.

Die Frage „Aufrüsten statt Abrüsten: Muss Deutschland wirklich kriegstüchtig werden?“ ist eine GWP-Fragestellung. Sie erfordert politische Entscheidungen über Quantität und Qualität der Unterstützung der Ukraine, sowohl als auch über die Verteidigungsfähigkeit von Deutschland, Wehrpflichtwiedereinführung etc. Eine derartige Entscheidung, die auch in der Talkshow debattiert wird, ist, ob Taurus-Flugkörper an die Ukraine geliefert werden sollen.⁷ Die GWP-Fragestellung scheint außerdem wissenschaftliche Expertise, wenn nicht notwendig, nützlich zu machen.⁸ Offensichtlich wird die Frage im öffentlichen Raum diskutiert und in den Medien aufgegriffen. Simple Fakten reichen nicht aus, um diese Frage zu beantworten. Viel mehr schwingen verschiedene Ziele und Werte bei der Beantwortung mit. Ist das Ziel, die Ukraine in die EU zu integrieren und/oder in die NATO? Ist das Ziel Russland ‚abzuschrecken‘ in der Ukraine, aber auch mit unserer eigenen Militarisierung? Ist Abschreckung die richtige Methode, um für Frieden zu sorgen? Wie wahrscheinlich ist ein Atomkrieg? Wie wahrscheinlich ist eine russische Invasion anderer europäischer Länder? Wie wahrscheinlich ist ein Sieg der Ukraine? Wie wird Putin handeln? All diese Fragen spielen eine Rolle in der Beantwortung der GWP-Fragestellung, ob Deutschland wieder kriegstüchtig werden soll.

3.1 Rahmenbedingungen und Ausrichtung

Ich möchte vor der Analyse der Sendung nun eine kurze Übersicht über „Hart aber fair“ geben. Die 75-minütige Show wird seit 2023 von Louis Klamroth moderiert und läuft inzwischen im Ersten Programm (ARD). Die Sendung wird in der Regel einmal wöchentlich ausgestrahlt (WDR). Es handelt sich um einen Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der somit den rechtlichen Vorschriften für diesen unterliegt, wie, theoretisch, Objektivität und Unparteilichkeit (Rundfunkstaatsvertrag (RStV) – Zwölfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (12. RÄStV)). Im Normalfall werden Teilnehmende nicht bezahlt (Breitner 2023). Ihr Ziel, formuliert Klamroth folgendermaßen:

Eine Talkshow soll Orientierung geben im Wettbewerb verschiedener Argumente. "Hart aber fair" – das ist Talk auf Augenhöhe. Meine [Klamroths] Aufgabe ist es, durch gezieltes, und wenn es sein muss, hartnäckiges Nachfragen, diese Argumente herauszuarbeiten und meine Gäste zur Diskussion zu bewegen. (WDR)

⁷ Der Bundestag entschied am 14.03.2024 mit einer Mehrheit keine Luftmarschflugzeuge an die Ukraine zu liefern (Deutscher Bundestag).

⁸ Politikwissenschaftler*innen aus dem Bereich internationale Beziehungen können Expertise über die Implikationen und Konsequenzen verschiedener *Policies* geben. Geschichtswissenschaftler*innen können über den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine informieren. Psycholog*innen können Einschätzungen von Putin liefern.

Die Talkshow ist also dazu gedacht, die Fragen zu stellen, die “relevant” für die Zuschauer*innen sind bezüglich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für jeden “verständlich, umfassend und informativ” u.a. durch eingespielte Videos und Informationen die “harte Fakten” beleuchten und Kontext zum Thema geben (WDR). Bei der Sendung am 04.03.2024 nahmen folgende Personen teil („Putin droht und spioniert“):

- Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen): Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.
- Serap Güler (CDU): Mitglied im Bundesvorstand und im Verteidigungsausschuss.
- Jan van Aken (DIE LINKE): Mitarbeiter bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu internationalen Krisen- und Konfliktgebieten.
- Jessica Rosenthal (SPD): Mitglied des Bundestages und Mitglied im Parteivorstand
- Ottogerd Karasch: Ehemaliger Berufssoldat, Survival-Profi und Youtuber.
- André Wüstner: Oberst und Bundesvorsitzender des Deutschen BundeswehrVerbandes e.V.
- Daniel Untch: Referent für Friedensbildung beim Zentrum Ökumene der Landeskirche Hessen & Nassau.⁹

3.2 Inhalt und Positionen der Teilnehmenden

In der Beschreibung der Sendung heißt es:

Die Epoche der Entspannung ist vorbei. Der Ukraine-Krieg geht ins dritte Jahr. Putin droht Europa mit Atombomben. Und Trump den Nato-Verbündeten mit einem Ende der Unterstützung. Muss die Bundeswehr deswegen aufgerüstet werden? Sollte die Wehrpflicht zurückkehren? Wie verändert sich unsere Gesellschaft in diesen Zeiten? (“Putin droht und spioniert”) Klamroth greift zu Beginn den Abhörskandal von Bundeswehrsoldat*innen auf, die die Lieferung von Taurus-Flugkörpern an die Ukraine diskutieren und stellt dann die provokante Frage der Sendung: „Muss Deutschland wieder kriegstüchtig werden?“ (“Putin droht und spioniert” 5:56)¹⁰ Die Show zeigt verschiedene Positionen von Parteivertratr*innen, der Bundeswehr und zwei Zivilpersonen, die ich im Folgenden kurz zusammenfassen möchte:

⁹ Statt Daniel Untch war eigentlich Dr. Olaf Müller, Professor für Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin vier Tage vor Sendungsbeginn eingeladen worden, als die Teilnehmenden, bis auf Vertretende der Bundeswehr, noch nicht feststanden. 2022 hatte er *Pazifismus. Eine Verteidigung: [Was bedeutet das alles?]* veröffentlicht und hatte bis 2024 schon einige öffentliche Auftritte und Interviews zu dem Thema zu verzeichnen. Er hat die Teilnahme abgelehnt. In der Kolloquiumssitzung, in der dies thematisiert wurde, kam ich auf die Idee, die vorliegende Arbeit zu verfassen.

¹⁰ Alle Zeitangaben sind aus der Sendung von Hart aber fair, daher werde ich im Folgenden nur noch die Zeiten aus dem Video angeben.

- Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) befürwortet die Lieferung, betont, dass die Ukraine Europas Freiheit verteidige und mit Putin nicht verhandelt werden könne (19:35) (bedingungslose Unterstützung).
- Serap Güler (CDU) unterstützt ebenfalls die Lieferung und kritisiert den Kanzler scharf für seine ablehnende Haltung (22:52;25:43) (bedingungslose Unterstützung).
- Jan van Aken (DIE LINKE) warnt vor Rüstungsspiralen mit zu hohem Atomkriegsrisiko (28:33) und beruft sich auf den Erfolg der Entspannungspolitik Willy Brandts im Kalten Krieg (44:05) (Diplomatie).
- Jessica Rosenthal (SPD) ist gegen die Lieferung von Taurus Flugkörpern, wie der Kanzler, spricht sich aber für verantwortungsbewusste und vorsichtige materielle Unterstützung der Ukraine aus (42:20) (bedingte Unterstützung).
- André Wüstner (Bundeswehr) beruft sich auf Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit als Basis für Friedensdialoge (39:58) in Anbetracht eines imperialistischen Feindes wie Putin (32:27) (Abschreckung).
- Ottogerd Karasch (Reservist) gibt praktische Perspektiven eines Soldaten wieder, und betont, dass es eine gute Idee sei, die Bundeswehr weiter aufzustocken, um das Schlimmste zu vermeiden (1:07:24) (Abschreckung).
- Daniel Untch (Evangelische Kirche) tendiert zu Pazifismus und für Friedensdialoge statt Waffenlieferungen (31:00) (Pazifismus).

3.3 Gesprächsformat

Die Diskussion in der Talkshow ist fragmentiert, stark vom Moderator gesteuert und scheint nur sehr lose einem roten Faden zu folgen. Diese Dynamik verhindert eine umfassende Darstellung der Positionen der Teilnehmenden und sorgt so für einen oberflächlichen Diskurs. Interaktionen zwischen Teilnehmenden sind meist Streitgespräche, deren Lösung von keinerlei Interesse zu sein scheint (22:48). Der Moderator unterhält sich viel im Frage-Antwort-Format mit einzelnen Teilnehmenden und lässt oft Antworten auf Vorredner*innen nicht zu. Ein Beispiel hierfür ist der Versuch von Jan van Aken, auf Anton Hofreiters Beitrag einzugehen, was jedoch durch eine Zwischenfrage des Moderators unterbrochen wird:

Sie dürfen, aber ich würde auch mit einer Frage einleiten:¹¹ wenn Sie auf die vergangenen zwei Jahre zurückblicken, wie hat der Krieg in der Ukraine nicht nur die Debatten, aber auch die deutsche Gesellschaft verändert?(50:00)

¹¹ Meine Markierung.

Der Moderator unterbricht so regelmäßig Beiträge, als auch Streite, und lenkt die Diskussion thematisch sehr stark. So kann als Teilnehmer*in oft nicht entschieden werden, wann ein Thema beendet ist und zum nächsten gesprungen wird. Redebeiträge als Antworten auf Fragen des Moderators dürfen meist nicht länger als 1 Minute sein, bevor entweder eine Teilnehmer*in oder der Moderator die sprechende Person unterbricht. In den Dialogen lassen sich die Teilnehmenden gegenseitig oft auch nicht aussprechen. Zusammenfassend ist die Gesprächsatmosphäre aggressiv, wenig respektvoll und stark autoritär gelenkt durch den Moderator.

3.4 Framing

Die Analyse der Sendung zeigt ein deutliches Pro-Kriegstüchtigkeits-*Framing*, dass die kriegerische Lösung des Ukraine-Konflikts als realistische und notwendige Option darstellt. Erstens überwiegen Befürworter*innen militärischer Unterstützung und Aufrüstung deutlich (Hofreiter, Güler, Wüstner, Karasch, Rosenthal) und haben dadurch auch einen höheren Redeanteil. Friedensorientierte Stimmen sind nur marginal vertreten (Untsch, Aken). Zweitens werden die Ursachen für Pro-Kriegstüchtigkeit deutlich durch das Informationsframing der Sendung unterstrichen: Putins Imperialismus, den Wüstner und Hofreiter mehrfach betonen wird durch das Einspielen von Putins Rede, in der er einen Atomkrieg nicht ausschließt, als realistisch dargestellt (26:18). Drittens werden Kameraeinstellungen verwendet, um friedensorientierte Aussagen systematisch abzuwerten. Als Aken sich auf Willy Brandts Entspannungspolitik bezieht (44:05) wird im nächsten Schnitt Wüstner grinsend gezeigt und daraufhin eine Soldatin im Publikum, die süffisant lächelt und den Kopf schüttelt (44:16). Als Untsch vom „Traum einer Atomwaffenfreien Welt“ spricht (31:00), folgt ein Kamerashwenk auf Kalasch, der ihn belächelt und Klamroth antwortet: „Ich fürchte das wird in nächster Zeit ein Traum bleiben, denn es gibt ganz viele Atomwaffen auf dieser Welt.“ (31:00) Danach wechselt er das Thema. Aken und Untsch werden damit in ein negatives Licht gestellt und den Zuschauenden wird vermittelt, dass kriegserfahrene Menschen ihre Aussagen nicht ernst nehmen. Viertens wird die Bundeswehr positiv dargestellt. Am Ende der Sendung wird ein Video gezeigt, in dem sich junge Menschen im Heimatschutz engagieren (55:21). Der kurze Zusammenschnitt wirkt wie ein Werbevideo, nachdem der Moderator mit YouTuber¹² und Reservisten Otto Karasch darüber spricht, dass man durchaus in sieben Monaten eine gute Grundausbildung erhalten könne, um seine Heimat im Falle eines Angriffs zu verteidigen (57:40). Kritische Stimmen dazu werden kaum abgebildet. Zusammenfassend lässt sich sagen, das Sendungsteam *framed* die pazifistische,

¹² Mit seinem Survival-Kanal OttoBulletproof unterstützt er noch mehr das Image des „Abenteuer Bundeswehr“.

diplomatische Ansicht als naive Minorität und die pro-Kriegstüchtigkeits-Sichtweise als praktikable, durchführbare Option.

4 Wissenschaftlicher Expertise in der demokratischen Öffentlichkeit

Mit der kurzen Analyse des Formats folgt die Überlegung, wie in diesem Diskursraum die eingeladene Geisteswissenschaftlerin einen sinnvollen und wertvollen Beitrag hätte leisten können. Die Sendung selbst behauptet, sie möchte “Orientierung geben im Wettbewerb verschiedener Argumente” (WDR), doch fühlt man sich nach dem Anschauen eher orientierungslos. In diesem Kontext ist es relevant, vor einer Teilnahme als Wissenschaftler*in bei derartigen öffentlichen Formaten die eigene Rolle und die geplanten Beiträge und Argumente eingehend zu reflektieren. Ich verwende die vier Rollen, die Pielke in seinem Buch vorschlägt: reine Wissenschaftler*in, wissenschaftliche Berater*in, Interessenvertreter*in und ehrliche Vermittler*in von Alternativen (Pielke 4-6).¹³ Diese werde ich auf das Fallbeispiel der „Hart aber fair“ Sendung anwenden. Im Anschluss gehe ich darauf ein, welchen Einfluss eine Teilnahme der Wissenschaftler*in auf den öffentlichen Diskurs und auf die Politik haben könnte und warum eine Teilnahme trotz vieler Widrigkeiten wertvoll sein könnte.

4.1 Rollenreflektion

*Reine Wissenschaftler*in oder Wissenschaftliche Berater*in*

Als reine Wissenschaftlerin stellt sie grundlegende, abstrakte Informationen zu einem Thema bereit, ohne sich aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen (Pielke 2-3). Informationen werden also so neutral wie möglich dargestellt, ohne Handlungsempfehlungen zu suggerieren oder Argumente zu unterstützen. Die Wissenschaftlerin würde zum Beispiel zu Beginn der Sendung einen kurzen Überblick über Zahlen und Fakten zum Ukraine-Krieg und der Verteidigungspolitik Deutschlands geben (reine Wissenschaftlerin). Als Beraterin wäre die Wissenschaftlerin eine Ressource für Entscheidungsträger*innen. Nur im Falle von Unsicherheiten während des Gesprächs würde sie Zahlen und Fakten liefern, wie offizielle Berichte oder Richtlinien, ohne jedoch darauf hinzuweisen, dass diese für das eine oder andere Argument sprechen könnten (Pielke 4-6).

Diese Rollen scheinen beide für eine politische Philosoph*in wenig attraktiv, da sie keine oder kaum empirische Wissenschaft betreibt und es fragwürdig wäre, inwiefern sie es als wertvoll erachten würde, nur als Informantin zu Rate gezogen zu werden. Pielke postuliert

¹³ Meine Übersetzungen der Rollentitel.

auch, dass das Bild von wertfreien Wissenschaften, wie es hier angenommen werden müsste, unrealistisch sei und Ergebnisse immer im Kontext von Wertesystemen gesehen werden sollten (Pielke 94). Gerade bei einer GWP-Fragestellung wie der Kriegstüchtigkeit Deutschlands im Kontext des Ukraine Kriegs scheint es unmöglich, ‘neutrale’ Fakten und Daten zu liefern. Allein wenn der historische Werdegang des Konflikts erfasst werden sollte, ist dies stark abhängig von der eingenommenen Perspektive im Kontext des epistemischen und moralischen Systems¹⁴ der sprechenden Person. Zusätzlich lässt der Moderator wenig Raum für diese Informationen und bietet Kontext durch Videos und Zitate selbst. Ihm scheint es während der Sendung mehr um einen Schlagabtausch zu gehen, als um Zahlen und Fakten (er wolle sich nicht in “Zahlschlachten verlieren” (54:55)). Die Rollen also, unabhängig davon, für wie realistisch man sie hält, sind für die politische Philosophin nicht wirklich eine Option.

*Interessenvertreter*in*

In dieser Rolle nimmt die Wissenschaftlerin eine aktive Position basierend auf ihr epistemisches und moralisches System bezüglich der Thematik ein (Pielke 6), ähnlich wie die Politiker*innen. Als politische Philosophin könnte sie also zum Beispiel ein stringentes Argument vorlegen, dass gegen eine erhöhte Waffenlieferung an die Ukraine spricht aber für eine Aufrüstung an den NATO-Außengrenzen (Müller 106), wie es Müller hätte tun können, wenn er teilgenommen hätte. Ein Problem besteht in der Vermittlung dieses Standpunktes: auf Grund der sehr kurzen Redezeiten (meist unter zwei Minuten), hätte sie kaum Gelegenheit ein größeres Argument leicht verständlich darzustellen und zu erklären. Weiterhin ist es unwahrscheinlich, dass sie so stark vereinfacht und rhetorisch gewandt ihren Punkt hervorbringen kann oder will, wie die Politiker*innen. Tut sie dies, muss sie eigentlich von den Standards und Diskurstugenden abweichen, für die die Wissenschaftskommunikation stehen möchte (siehe Abschnitt 2.3 und 4.2). Zusätzlich unterläuft sie der Gefahr „Stealth Issue Advocate“ zu werden, d.h. etwas so darzustellen, als ob es von der Fakten- und Informationslage her vollkommen klar wäre (Tornado Politik) und würde den Raum für alternative Ansichten vollkommen ausklammern (Pielke 93-94). Diese Strategie haben alle Politiker*innen in der Talkshow verfolgt, für sie gibt es keine rationalen Alternativen zu ihren jeweiligen Positionen. Das widerspricht jedoch dem Ziel von Wissenschaft: „Wir betreiben nicht Wissenschaft, um Recht zu behalten, sondern um herauszufinden, wie sich eine Sache wirklich verhält“ (Jaster und Keil 153). Dabei ist es jedoch

¹⁴ Wir haben ein System, das wir verwenden, um die Welt zu verstehen. Es enthält „objektive Überzeugungen [...], Werte, Normen, Leitprinzipien, kontrafaktische Wenn-dann-Sätze, Haltungen, Grundüberzeugungen, Erinnerungen, Narrative, Emotionen, ästhetische Wahrnehmungen, Stimmungen und vieles mehr“ (Müller 98). All diese Elemente interagieren miteinander und beeinflussen sich gegenseitig auf unterschiedliche Weise.

wichtig zu betonen, dass die Wissenschaft Ergebnisse nie mit absoluter Sicherheit darstellen sollte, sondern versucht, zuverlässig die besten und momentan wahrheitsnächsten Antworten auf Fragen zu liefern (Rovelli 230). Damit scheint reine Interessenvertretung also auch keine gute Wahl für die Philosophin zu sein, wenn sie als Wissenschaftlerin auftritt.

*Ehrliche Vermittler*in von Alternativen*

In dieser Rolle stellt die Wissenschaftlerin umfassende Informationen zu allen verfügbaren Handlungsoptionen zur Verfügung. Sie ermöglicht somit, dass Zuschauende aber auch Politiker*innen ihre Wahl basierend auf ihrem eigenen epistemischen und moralischen System treffen. Ihr Ziel ist eine Erweiterung und Klärung des Handlungsspielraums, statt eine klare Positionierung für eine Option (Pielke 9).

Das größte Problem, mehr noch als bei der Interessenvertretung, ist wieder der zeitliche Rahmen des Formats. Im Gegensatz zu Interviews oder Beratungsgesprächen¹⁵ ist nicht genügend Zeit, um mehrere Handlungsoptionen mit all ihren Implikationen und Konsequenzen zu erklären. Die Wissenschaftlerin könnte sich darauf beschränken, nach Redebeiträgen der Politiker*innen darzustellen, inwieweit ihre Handlungsempfehlung und Positionierung mit den jeweiligen Parteigrundsätzen oder Wertesystemen übereinstimmen. Sie müsste ihre Beiträge innerhalb von unter einer Minute prägnant formulieren. Zudem wäre es erforderlich, dass sie im Vorfeld detailliert über die Argumente der Politiker*innen informiert ist, um fundierte Analysen schnell präsentieren zu können. Da unklar ist, wer teilnehmen wird, könnte sie sich darauf beschränken, die Argumentationsmuster der Hauptparteien vorzubereiten. Allerdings bleibt fraglich, ob ihre Beiträge in einem potenziell hitzigen und kontroversen Austausch von Argumenten überhaupt zur Geltung kommen würden (siehe Abschnitt 6 für meinen Vorschlag).

Allerdings, könnte sie ihre Redebeiträge als Vermittlerin von Alternativen auch, statt sich auf die Aussagen der Politiker*innen zu beziehen, an die Zuschauenden richten. So kann die Wissenschaftlerin *Policy Alternativen* vorbereiten und unabhängig davon, wer konkret vor Ort sein wird, über ihre Implikationen sprechen. Den Kontext bieten verschiedene Argumente im breiteren öffentlichen und politischen Diskurs über die GWP-Fragestellung bezüglich des Ukraine Kriegs, und nicht die konkrete Diskussion vor Ort. Dafür bedarf es aber einen hohen Grad an Bestimmtheit und Resilienz, sich u.a. auch den Fragen und Angriffen des Moderators (oder der Politiker*innen) zu entziehen (siehe Abschnitt 6 „Robustheit“).

¹⁵ Wobei hier auch die Zeit oft begrenzt ist.

Pielke spricht sich in seinem Buch klar für die Rolle der ehrlichen Vermittlerin aus, da er sonst eine zu große Beschränkung des Diskurses und der verfügbaren Optionen befürchtet, wenn Wissenschaftler*innen sich wie Politiker*innen klar positionieren (Pielke 141-142). Er wurde für diese Position auch kritisiert, da sie den Wissenschaftler*innen die Möglichkeit abspricht, sich nach eingehender Recherche zu positionieren und dies auch im Kontext von Alternativen tun zu können (Brown 139). Ich möchte Pielke aber zustimmen, dass in einem Schlagabtausch bei „Hart aber fair“, in der *Policy* Alternativen sehr verengt und verhärtet von den Politiker*innen dargestellt werden, eine ehrliche Vermittler*in den Horizont, wenn auch nicht der Politiker*innen, aber zumindest den Zuschauenden erweitern könnte.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Wissenschaftlerin sich zwischen Interessenvertretung und ehrlicher Vermittlung von Alternativen mit den Zuschauenden als Zielpublikum entscheiden könnte oder zwischen diesen Rollen hin und her schalten müsste (siehe Abschnitt 6 für meine Strategie).

4.2 Einflussnahme auf den öffentlichen und politischen Diskurs

Eine eingehende Rollenreflektion klärt erst zum Teil die Frage, warum es wertvoll sein könnte, für die Wissenschaftlerin an der Talkshow teilzunehmen, abhängig von der gewählten Rolle: sie könnte z.B. den Handlungsspielraum bezüglich der GWP-Fragestellung für die Zuschauenden erweitern. Trotzdem hängt es mit dem Wertesystem und Verständnis von Demokratie der Wissenschaftlerin zusammen, wie hoch sie die Wirkungskraft ihrer Beiträge einschätzt. Ich gehe im Folgenden darauf ein, welche Argumente gegen und für eine Teilnahme sprechen, je nachdem ob sie das Ideal-Modell oder das Real-Modell von Demokratie vertritt.

Ideal-Modell und Optimismus

Nehmen wir an, die Wissenschaftlerin folgt einem Ideal-Modell von Demokratie und strebt daher rationale Deliberation an. Gegen eine Teilnahme könnte dann sprechen, dass Massenmedienformate wie „Hart aber fair“ nicht repräsentativ für echte demokratische Deliberation sind und daher nicht noch mehr Glaubhaftigkeit durch das Auftreten von seriösen Wissenschaftler*innen bekommen sollten. Die Formate bieten oft eine Plattform für populistische Akteur*innen, die kein Interesse an einer rationalen Diskussion haben. Die Diskursregeln, die für eine konstruktive Deliberation notwendig wären, werden meist missachtet (Jaster und Keil 155-156). Weder bleiben die Teilnehmenden oder der Moderator beim Punkt (Jaster und Keil 155), noch sind sie wohlwollend gegenüber anderen Perspektiven (Jaster und Keil 156), noch sind sie bereit Gegenargumente auch nur in Betracht zu ziehen (Jaster und Keil 156). Man

könnte also argumentieren, dass eine Teilnahme an der Talkshow dieser ‚schlechten‘ Art der Gesprächsführung mehr Relevanz und Gewicht verleiht.

Erstens wird im Ideal-Modell optimistisch davon ausgegangen, dass Menschen der Vernunft fähig sind. Das heißt: die Wissenschaftlerin könnte davon ausgehen, dass Zuschauende tendenziell gute von schlechten Argumenten unterscheiden können und wollen und die Äußerungen der Wissenschaftlerin getrennt von der hitzigen Debatte für sich mitnehmen können. Folgt sie der obigen ehrlichen Vermittler*innen Strategie, ohne an der Diskussion teilzunehmen, könnte sie den Zuschauenden auch zutrauen, ihre Anwesenheit nicht als Legitimation eines Dialogs mit Populist*innen oder aggressiven Politiker*innen zu sehen,¹⁶ sondern als Intervention für Diskurstugenden und rationale Argumente.

Zweitens ist das Ziel der Wissenschaftler*in also in Linie mit ihren Werten: sie möchte demokratische Deliberation möglich machen und tut dies durch informieren, gut argumentieren oder Handlungsalternativen aufzeigen, damit sich die demokratische Öffentlichkeit eine sinnvolle Meinung bilden kann. Unabhängig davon, ob sie einen Dialog mit den Politiker*innen (und Populist*innen) prinzipiell für sinnvoll erachten würde, bleibt es fragwürdig, ob eine Talkshow der richtige Ort dafür ist. Politiker*innen profilieren sich eher vor potenzieller Wählerschaft, als Schwächen zuzugeben. Diese Beobachtung kann die Wissenschaftler*in für sich nutzen, in dem sie ganz bewusst bei den Diskurstugenden bleibt, und sich an die Zuschauenden richtet. Damit verleiht sie dieser Art der Gesprächsführung Relevanz und Gewicht, in einem Format, in dem dies nicht an der Tagesordnung steht.

Real-Modell und Pessimismus

Nehmen wir an, dass die Wissenschaftlerin das Real-Modell von Demokratie vertritt, und damit die öffentliche Meinung als Spannungsfeld zwischen Kontrahenten sieht. Dann wäre die Talkshow eine akkurate Repräsentation davon, wie Diskurs generell in einer Demokratie aussieht. Die Wissenschaftlerin wäre vermutlich sehr negativ eingestellt, was ihre Wirkungsmacht betrifft, da es im Diskurs eher um emotionale Überzeugung und Konversion, als um wissenschaftliche Standards geht. Sie weiß, dass sie vermutlich nicht über die rhetorischen Mittel verfügt, um sich gegen Kontrahenten wie Politiker*innen oder Klamroth zu behaupten. Eine Teilnahme scheint also sinnlos und unattraktiv.

Erstens vertrauen Bürger*innen Wissenschaftler*innen mehr als Politiker*innen und wünschen sich daher auch, dass politische Entscheidungen gestützt von wissenschaftlichen

Erkenntnissen sind (Blöbaum ; Mede und Metag). Dieses Vertrauen sei laut WR basiert auf wissenschaftliche Integrität, Unabhängigkeit und Gemeinwohlorientierung der Forschung (31). Wissenschaftliche Erkenntnisse sollten, um diese Aspekte zu bewahren, als kontinuierliche prozesshafte Annäherung an Wahrheit präsentiert werden, es sei denn ein Wissenstand ist mit überwältigender Sicherheit konsolidiert (WR 36-38). D.h. also Bürger*innen vertrauen in die Wissenschaften, weil sie nicht *Stealth Issue Advocacy* betreiben. Als Anton Hofreiter sagt, er schäme sich für seinen vergangenen Irrtum, gegen Waffenlieferung sein (47:55), hätte die Wissenschaftlerin darauf hinweisen können, dass jegliche Art von Wissen, solange es nicht konsolidiert ist, immer wieder umgeworfen werden kann. Einen geo-politischen Konflikt zu navigieren und über die richtige Umgangsweise mit dem Ukraine-Krieg zu entscheiden kann nicht als Tornado-Politik-Frage verstanden werden, auf die es die eine richtige Antwort gibt, die jetzt (von den Grünen) erkannt wurde. Eine Lösung sollte als prozesshaftes Annähern an bessere Handlungsoptionen kommuniziert werden, um derartige ‚Irrtümer‘ zu vermeiden. Hofreiter stärkt damit nicht gerade das Vertrauen in seine Urteilskraft, denn man könnte fragen, was ihn jetzt davon abhält, nochmals zu irren. Reagiert die Wissenschaftlerin also „mit sachkundiger Distanz und rationaler Argumentation auf eine oft emotionalisierte Betroffenheit“ (WR 21) der anderen Teilnehmenden könnte es sogar einen positiven Effekt haben, was das Vertrauen der Zuschauenden in ihre Aussagen im Vergleich mit denen der Politiker*innen hat. Somit nimmt sie sehr wohl Einfluss auf den öffentlichen Diskurs, sogar, wenn sie ihn als Spannungsfeld versteht.

4.3 Einflussnahme auf die Politik

Unabhängig von dem angenommenen Demokratiemodell könnte ein weiteres Argument gegen eine Teilnahme sein, dass Massenmedienformate wie „Hart aber fair“ keinen wirklich nennenswerten Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Expert*innen werden von Bundestagsausschüssen in speziellen Anhörungen zu Rate gezogen, oder sitzen in Enquetekommissionen, Ausschüssen, wissenschaftlichen Beiräten oder werden intern und informell um Rat gebeten (Jun und Grabow 59). Dort können sie wesentlich mehr bewirken als in den öffentlichen Medien.

Erstens ist es zweifelhaft, wie sehr Politikberatung in tatsächliche Handlungen umgesetzt wird. Wegen der komplexen „Handlungs- und Entscheidungsstrukturen im Regierungssystem“ kommt es selten zu einer Umsetzung dessen, was in Politikberatung bereitgestellt wird (Jun und Grabow 48). Wie wirksam also die tatsächliche Beratung der Wissenschaftler*in wäre, würde sie (von einer Partei) auserkoren werden in einem Ausschuss zu sitzen, bleibt

fragwürdig. Zweitens, unabhängig von der Konzeption von demokratischem Diskurs spielt die öffentliche Meinung eine Rolle in der politischen Problemlösung. Die öffentliche Meinung legitimiert politische Entscheidungen, unabhängig davon, ob es nun eine sehr dominante Interessengruppe ist, die Entscheidungen legitimiert oder ein rationaler Konsens, der zu Stande kommt. Sie prägt das Wahlverhalten der Bürger*innen, und somit auch, welche Politiker*innen Entscheidungen treffen. Der öffentliche Diskurs prägt außerdem die Entscheidungsträger*innen, die sich ja auch über Themen informieren müssen.¹⁷ Somit kann man als Optimistin, als auch als Pessimistin, eine Teilnahme rechtfertigen, wenn man den öffentlichen Diskurs beeinflussen möchte und damit indirekt oder direkt auch die Politik.

5 Die Sonderrolle öffentlicher Philosophie: Diskurshygiene-Wächter*in

Als politische Philosophin gibt es für die Wissenschaftlerin noch eine alternative Rolle, die Pielke in seinem Buch nicht anspricht:¹⁸ Diskurshygiene-Wächter*in. Diskurshygiene bezieht sich hauptsächlich auf drei Aspekte: Begriffsklärung, Argumentationsanalyse und Wertereflektion.¹⁹ Ich werde im Folgenden kurz auf jeden dieser Begriffe eingehen und sie auf das Fallbeispiel anwenden.

Begriffe zu klären, bedeutet sie zu vereinfachen, definieren, kategorisieren und Abgrenzungen zu anderen Begriffen aufzuzeigen, was zu mehr Klarheit in der Debatte führen kann (Brister 43). Wie ich es in dieser Arbeit auch getan habe, würde man also mit einer Klärung der Grundkonzepte und Begriffe beginnen, die notwendig sind, um sicher zu gehen, dass man über dasselbe spricht. In der Sendung hätte die Wissenschaftler*in in ihrem ersten Statement die Begriffe “Kriegstüchtigkeit”, “Wehrhaftigkeit” und “Demokratie” kurz definieren können. Durch das Priorisieren einer Klärung dieser Begriffe hätte sie einen strukturierten Einstieg und eine gute Grundlage für alles Folgende geschaffen, während sie den Zuschauenden signalisiert hätte, dass sie weiß, worüber sie spricht.

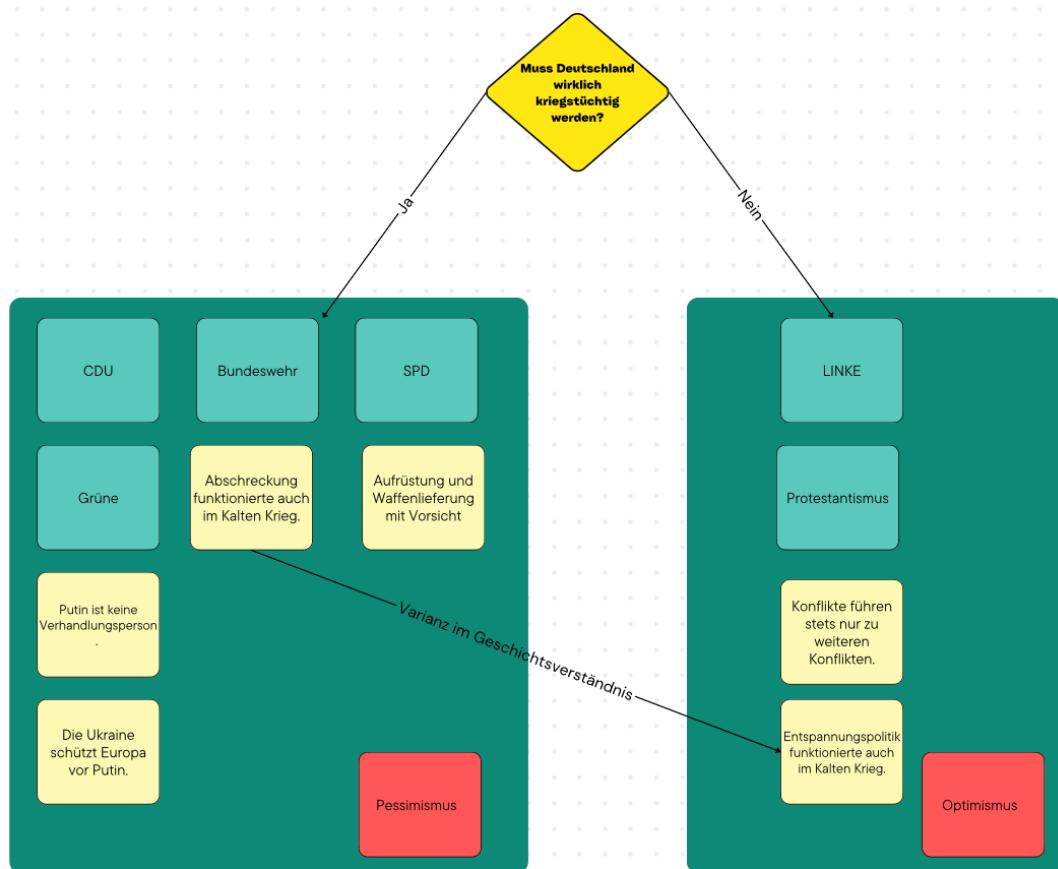
Anknüpfend an diese Begriffe könnte eine Analyse der unterliegenden Wertesysteme folgen (bei sich selbst und anderen), die dem Verständnis der Begriffe unterliegen (Brister 45). Unterschiedlichen Verständnisse von Demokratie beruhen auf einem Optimismus bzw.

¹⁷ Abgeordnete haben oft nicht viel Zeit für einen Informationsprozess (Krüger 1996). Man könnte daher ableiten, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass sie sich eher Massenmedien anschauen, um generelle Trends festzustellen, als sich akademische Bücher zu Gemüte zu führen.

¹⁸ Sein Fokus scheint tendenziell eher auf Naturwissenschaftler*innen zu liegen (Pielke 16).

¹⁹ Ich habe hier zwei Modelle zusammengefasst..

Pessimismus gegenüber der menschlichen Natur und ihrer Fähigkeit zur Vernunft. Darauf könnte die Wissenschaftler*in auch in der Debatte referieren. Wenn über Waffenlieferung und Aufrüstung als Abschreckung gesprochen wird, könnte sie die impliziten Annahmen über die menschliche Natur offenlegen, die damit einhergehen. Oft sind sich Politiker*innen dieser impliziten Werte nicht konkret bewusst und sie werden im öffentlichen Raum auch nicht viel diskutiert (Müller 75; 98). Die Argumente in der Sendung ließen sich beispielsweise folgendermaßen aufteilen:



2Argumentaufteilung in unterliegende Werte

Mit Pessimismus meine ich hier die Annahme, dass Verhandlungen und Diplomatie in einem bestimmten Konflikt nicht mehr möglich sind, da Menschen nicht zur Vernunft gebracht werden können. Dieser Pessimismus basiert auf einem Menschenbild, das rationalen Diskurs ausschließt und Meinungsbildung durch Parteilichkeit erklärt. Dies erklärt die emotionalen und rhetorischen Argumentationsstrategien von Politiker*innen wie Hofreiter und Güler und führt zur Überzeugung, dass eine wehrhafte Demokratie die einzige Strategie ist, um Frieden zu erreichen. Optimismus hingegen geht davon aus, dass Verhandlungen stets möglich sind, dass

Menschen Fehlschlüsse und Propaganda erkennen können, und basiert auf einem Idealbild von Demokratie, das von Vernunft und Erkenntnisvermögen ausgeht. In einem nächsten Schritt könnte die Wissenschaftler*in ein konkretes Argument nehmen und es überprüfen. Hierfür müsste es auf Fehlschlüsse geprüft werden und falsche Prämissen müssten offengelegt werden (Leiter 62).²⁰

5.1 Kritik an der Rolle der Diskurshygieneverwächter*in

Ich möchte nun ein paar Kritiken an dieser Rolle ansprechen und Lösungsvorschläge für diese anbieten. Erstens bleibt es, wie bereits mehrfach erwähnt, kritisch zu betrachten, wie viel Zeit und Raum es in der Sendung für eine derartige Metakommunikationsebene gäbe, selbst wenn diese gut vorbereitet und schnell zusammenfassbar ist. Zweitens besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr, dass eine Philosophin, als ‘arrogante Besserwisserin aus dem Elfenbeinturm’ wahrgenommen wird, wodurch ihre Beiträge von Moderator, Politiker*innen und Publikum möglicherweise ignoriert werden. Die Einhaltung von Diskurshygiene mag nicht nur wenig unterhaltsam erscheinen, sondern kann auch als unsympathisch empfunden werden. Selbst wenn man ein idealtypisches Demokratiemodell verfolgt und optimistisch in die Vernunftfähigkeit der Menschen vertraut, sollte man berücksichtigen, dass bei einem Talkshow-Publikum ein gewisser oft auch emotionaler Unterhaltungswert eine wichtige Rolle in der Meinungsbildung spielen kann.

Eine mögliche Lösung sei laut Leiter, Diskurshygiene mit rhetorischer Fähigkeit zu verbinden, um ein (zumindest teilweise) von Emotionen gesteuertes Publikum nicht zu verlieren (Leiter 64). Ich möchte allerdings postulieren, dass eine politische Philosophin ihr Wissen und ihre wohl recherchierte und begründete Meinung nicht auf reine Begriffsklärung und Argumentationsanalyse mit guten rhetorischen Kniffen beschränken sollte. Ebenso wie ein Richter zu gut begründeten Schlüssen kommt (Leiter 63), darf es auch die Philosophin. Diese Meinung als Orientierung für das Publikum mit in die Talkshow zu nehmen ist nicht nur möglich, vielleicht sogar maßgeblich für den öffentlichen Diskurs. Wer sonst als Geisteswissenschaftler*innen wie Philosoph*innen, Politikwissenschaftler*innen etc. machen sich zu diesem detaillierten Maße Gedanken über die argumentative Herleitung ihrer Thesen (und haben die Zeit dazu)? Die Politiker*innen (auch allein aus Zeitmangel) sicherlich nicht.

²⁰ Es würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten, hier weiter ins Detail zu gehen und eine Analyse vorzunehmen. Genüge es zu sagen, dass die Wissenschaftler*in eine derartige Analyse im Vorfeld erstellen könnte bzgl. der GWP-Fragestellung, um auf jegliche Argumente vorbereitet zu sein und diese in möglichst kurzen Redenbeiträgen offen zu legen.

Geisteswissenschaftler*innen sind also eine bisher wenig genutzte Ressource für Öffentlichkeit und Politik, genau das in Kürze zu erhalten, für das sie selbst keine Zeit und Muße haben: Recherche und Begründung. Auf Grund des Unterhaltungsformat stimme ich Leiter aber zu, dass gewisse rhetorische Fähigkeiten durchaus eine Anwendung finden dürfen und vielleicht auch müssen, um den Äußerungen Gehör zu verschaffen. Damit entfernt die Philosophin sich weit von der Rolle der reinen Wissenschaftler*in. Rhetorischen Kniffe und emotionales Kommunizieren sind nicht Teil von guter Wissenschaftskommunikation wie der WR sie definiert (siehe Abschnitt 2.3). Kommuniziert sie jedoch so reflektiert und offen über ihre Strategie, und unterscheidet deutlich zwischen wissenschaftlichen Konsens, unsicherer Forschung und eigener Meinung, sind diese Methoden in meinen Augen mehr als gerechtfertigt und verschaffen ihr einen wichtigeren Platz im öffentlichen Diskurs.

6 Strategie und Prinzipien für Wissenschaftskommunikation in öffentlichen Medien

Ich möchte also im Folgenden eine Strategie ausbuchstabieren, die sich aus den obigen Überlegungen ergibt. Die politische Philosophin, als auch andere Geisteswissenschaftler*innen, können die Rolle der Diskurshygienvächter*in in Maßen einsetzen, besonders zu Beginn des Formats, um die Debatte auf eine gute Fundierung zu stützen. Im Mittelteil sollte sie als ehrliche Vermittler*innen fungieren, die verschiedenen Argumente und Handlungsalternativen aufzeigt und deren Konsequenzen kurz und prägnant klar macht. In diesem Mittelteil, in der die Debatte meist besonders hitzig wird zwischen den teilnehmenden Politiker*innen, bewahrt sie die emotionale Distanz und Klarheit (WR 21), verschafft sich jedoch ggf. mit rhetorischen Mitteln Gehör. Gegen Ende wechselt sie zur Rolle der Interessenvertreterin und argumentiert für eine bestimmte Perspektive, die sie zuvor bereits aufgebaut hat und jetzt auf den Punkt bringen kann. Hier kann sie ihre emotionale Distanz auch ein wenig aufgeben (und muss es vielleicht auch), denn es ist stark zu bezweifeln, ob sie überhaupt an der Talkshow teilnehmen würde, wäre ihr das Thema und demokratischer Diskurs nicht annähernd auch auf emotionaler Ebene wichtig. Dabei kann sie jedoch betonen, dass dies nur eine der vorgestellten Handlungsalternativen ist und nicht die absolute Wahrheit. Ich möchte diese Strategie ‘wissenschaftlichen Aktivismus’ nennen. Es handelt sich um ein aktives, reflektiertes, bedingt emotionales, aber auch informiertes Eingreifen in den Diskurs über eine GWP-Fragestellung. Solange sie die Diskurstugenden (Abschnitt 4.2) selbst einhält und ab und zu auf ihre Missachtung in der Talkshow hinweist, sich so weit wie möglich an die Standards guter Wissenschaftskommunikation

hält (Abschnitt 2.3), und trotzdem ihren eigenen Standpunkt bedingt emotional und rhetorisch gekonnt verdeutlicht, kann sie durch ihre Teilnahme sogar dem Bild der arroganten Elfenbeinturm-Wissenschaftlerin entgegenwirken und trotzdem auf Diskurshygiene achten. Insgesamt sollte sie sich eher an die Zuschauenden richten, als an die Politiker*innen, um sich deutlich von ihrer Art der aggressiven Debattenführung abzugrenzen.

Es ergeben sich folgende Empfehlungen für diese Art des reflektierten, wissenschaftlichen Aktivismus, dessen konkrete Strategie sich natürlich auch ändern kann:

Grundlegende emotionale Involviertheit

Die Wissenschaftlerin sollte sorgfältig abwägen, ob die Thematik für sie von ausreichender Relevanz ist, um eine Teilnahme an der Talkshow in Erwägung zu ziehen. Als Expertin auf diesem Gebiet, unabhängig davon, ob sie eine klare Position beziehen möchte oder nicht, sollte es ihr ein Anliegen sein, dass die Gesellschaft und die Politik eine fundierte Antwort auf die entsprechende GWP-Fragestellung finden.

Grundlegender Optimismus

Die Wissenschaftlerin sollte überzeugt sein, dass ihre Teilnahme wertvoll ist. Glaubt sie an ein Idealmodell, ist sie entweder optimistisch, was ihren Einfluss auf teilnehmende Politiker*innen angeht, oder aber, was ich als sinnvoller erachte, was ihren Einfluss auf die demokratische Meinungsbildung potenzieller Wähler*innen betrifft. Folgt sie dem Realmodell, ist sie optimistisch, dass potenzielle Wähler*innen durch ihre Beiträge von ihrer Position überzeugt werden könnten und sie damit einer Handlungsalternative helfen kann, den Diskurs zu dominieren. Unabhängig vom Modell, ist sie optimistisch, dass der öffentliche Diskurs (direkten oder indirekten) Einfluss auf Entscheidungsträger*innen hat.

Formatkenntnis

Die Wissenschaftlerin muss das Format der Talkshow und dessen Bedingungen genau kennen, um ihren Auftritt optimal planen zu können, insbesondere wenn sie noch nie an diesem Format teilgenommen hat. Kenntnisse über die erwartbare Redezeit, die üblichen Gäste, die vertretenen Parteien und mögliche Herausforderungen sind unerlässlich, bevor sie ihre Teilnahme zusagt.²¹

²¹ D.h. sie müsste eine Analyse, wie ich sie oben gemacht habe, vornehmen oder aber recherchieren, ob es schon eine gibt.

Rollenreflexion

Die Wissenschaftlerin sollte sich ihrer Rolle(n) und deren Dynamiken bewusst sein. Es ist ratsam, diese Rollen gegebenenfalls explizit anzusprechen und zu kennzeichnen, wenn sie wechselt, wie es auch vom WR empfohlen wird (WR 40). Sie sollte die Unterschiede und Risiken der jeweiligen Rolle kennen und wissen, was sie durch ihre Wahl bezwecken kann.²²

Werte- und Wissensreflexion

In diesem Zusammenhang sollte die Wissenschaftlerin ihr persönliches Gesamtbild sowie potenzielle Ansichten der anderen Teilnehmenden reflektiert berücksichtigen. Sie sollte sich der Prämissen bewusst sein, auf denen sie arbeitet, welche Werte ihren Argumenten zugrunde liegen, und welchen Standards guter Wissenschaftskommunikation sie wann und warum folgen möchte.

Strategie

Die Wissenschaftlerin sollte eine klare Strategie entwickeln, wie sie ihre Kernbotschaft am besten vermitteln kann. Dies könnte bedeuten, lediglich die grundlegenden Annahmen der diskutierten Handlungsalternativen im Ukraine-Konflikt offenzulegen, ohne eine direkte Position einzunehmen. Sie sollte jedoch sorgfältig planen, wann und wie sie sich äußern möchte und wie konsequent sie an ihrer Strategie festhalten wird. Meine Strategie ist nicht die einzige mögliche, nur die, die ich als sinnvollste für eine Geisteswissenschaftlerin in diesem spezifischen Format und thematischen Kontext erachte.

Robustheit

Die Wissenschaftlerin muss eine gewisse Robustheit gegenüber direkten Angriffen von Politiker*innen oder dem Moderator in der Sendung mitbringen. Dies beinhaltet, dass sie ihrem Plan treu bleibt und sich nicht von den Fragen oder Angriffen ablenken lässt, besonders wenn ihr Zielpublikum die Zuschauenden sind. Darüber hinaus muss sie eine gewisse Widerstandskraft gegenüber öffentlichen Angriffen in den (sozialen) Medien entwickeln, vor denen sie kaum geschützt ist (WR 45).

Zeit für die Vorbereitung

All diese Vorbereitungen kosten viel Zeit, was bei der kurzfristigen Planung derartiger Formate oft schwierig ist. Daher ist eine gewisse emotionale Involviertheit in die Thematik notwendig,

²² Bezuglich der Rollenreflexion ist auch noch relevant, ob sie als Vertreter*in einer Institution auftritt (an deren Regeln sie sich halten muss, deren Schutz sie aber ggf. auch erwarten darf) oder als Einzelperson.

da man sonst kaum bereit wäre, diese Anstrengungen auf sich zu nehmen. Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, warum es gesellschaftlich wertvoll ist, sich dennoch in solche Diskursräume zu begeben.²³

7 Konklusion

Im Kapitel der Begriffsklärung habe ich die einzelnen Posten des Kommunikationssystems (siehe Abbildung 1) über GWP-Fragestellungen im öffentlichen und politischen Diskurs definiert. In der Analyse der Sendung „Hart aber fair“ vom 04.03.2024 wurde deutlich, dass die Diskussion um die Frage „Muss Deutschland wieder kriegstüchtig werden?“ durch ein Pro-Kriegstüchtigkeits-*Framing* geprägt wurde, in dem friedensorientierte Positionen marginalisiert und abgewertet wurden. Keinerlei Gesprächstugenden wurden eingehalten, es handelte sich hauptsächlich um fragmentierte Streitgespräche ohne erkennbaren Willen zu Konsens. Im vierten Abschnitt bin ich auf den Wert einer Teilnahme eingegangen. Durch eine eingehende Rollenreflektion kann man sich der Risiken und Vorteile verschiedener Rollen bewusstwerden und darauf abzielen, diese zu minimieren, u.a. durch einen Fokus auf das Publikum statt den Teilnehmenden. Folgt die Wissenschaftlerin dem Ideal-Modell von Demokratie, hält sich an Diskurstugenden und richtet sich mit ihren Beiträgen an die Zuschauenden, könnte ihre Teilnahme erstens als Intervention gegen öffentlichen Diskurs als Schlacht verstanden werden und zweitens zur Meinungsbildung der Öffentlichkeit beitragen. Selbst wenn die Wissenschaftlerin demokratischen Diskurs als Kampf zwischen Kontrahent*innen versteht, könnte sie die Position von Wissenschaftler*innen in diesem Diskurs konsolidieren und das bereits erhöhte Vertrauen der Bürger*innen in die Wissenschaft stärken, sogar oder gerade wegen dem transparenten Umgang mit Unsicherheiten. Unabhängig von der Einstellung zum öffentlichen Diskurs, bedeutet Einfluss auf die öffentliche Meinung und den Diskurs indirekt auch Einfluss auf die Entscheidungsträger*innen durch Wahlverhalten und Informationsverbreitung. Nimmt die Philosophin die Sonderrolle der Diskurshygieneverwächter*in ein könnte sie Begriffsklärung, Argumentationsanalyse und Wertereflektion mit den Hauptargumenten bezüglich der GWP-Fragestellung betreiben. Zeitbeschränkung als auch eine gewisse Elfenbeinturmhaltung, die bei dieser Rolle mitschwingt, sind jedoch mitzudenken. Daraufhin bin ich zu dem Schluss gekommen, dass die Philosophin nicht nur Diskurshygiene betreiben sollte, sondern (bedingt emotional und

²³ Den Zeitfaktor hoffe ich durch mein Projekt „KI-gestützte Wissenschaftskommunikation“ in den kommenden Monaten zu minimieren, indem ich einen ChatBot entwickle, der Wissenschaftler*innen in unter 30 Minuten auf solche Formate vorbereiten kann. Diese Arbeit soll die Grundlage für diesen Bot bilden.

rhetorisch gekonnt) eine wohlrecherchierte Position vertreten sollte. Wohl begründete Thesen Postulieren ist eine Fähigkeit von Geisteswissenschaftler*innen, die mehr als Ressource in der Lösungssuche von GWP-Fragestellungen genutzt werden sollte. Dafür sind rhetorische Kniffe und auch ein gewisser Grad an Emotionen gerechtfertigte Methoden in einem öffentlichen Unterhaltungsformat. Darauf basierend habe ich mich am Ende für die Strategie eines reflektierten, wissenschaftlichen Aktivismus ausgesprochen der verschiedenen Prinzipien folgt und bestimmte Bedingungen erfüllt, um sich im Format der Talkshow zurecht zu finden: grundlegende emotionale Involviertheit, grundlegender Optimismus, Formatkenntnis, Rollenreflexion, Werte- und Wissensreflexion, Strategie, Robustheit und Zeit für die Vorbereitung. Ich hoffe hiermit eine die Grundlage geschaffen zu haben, auf deren Basis sich Wissenschaftler*innen, besondern Geisteswissenschaftler*innen Gedanken über eine Teilnahme an Talkshows machen könnten und so zu einem demokratischen Diskurs der einen oder anderen Art beitragen.

Bibliografie

Abbildungsverzeichnis

- 1 Wüster, Lara. *Argumentaufteilung in unterliegende Werte*. 2024.
- 2 Wüster, Lara. *Übersicht über alle Begriffe aus "2. Begriffsklärung" im Zusammenhang*. 2024.

Quellen

- Badr, H. *Framing von Terrorismus im Nahostkonflikt. Studies in International, Transnational and Global Communications*, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2017.
- Breitner, Pauline. "Anne Will & Co.: Wie viel Geld erhalten Talkshow-Gäste für ihren Auftritt?" *finanzen.net*, 16. März 2023, www.finanzen.net/nachricht/geld-karriere-lifestyle/anne-will-und-co-anne-will-co-wie-viel-geld-erhalten-talkshow-gaeste-fuer-ihrer-auftritt-10024982. Letzter Zugriff: 23. Juli 2024.
- Brennan, Jason. "Does Public Reason Liberalism Rest on a Mistake? Democracy's Doxastic and Epistemic Problems." *Political Epistemology*, herausgegeben von Elizabeth Edenberg und Michael Hannon, Oxford UP, 2021, S. 135-155.
- Brister, Evelyn. "The Value of Public Philosophy." *A Companion to Public Philosophy*, erste Auflage, herausgegeben von Lee McIntyre, Nancy McHugh und Ian Olasov, John Wiley & Sons, Inc., 2022, S. 41-51.

- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). "Krieg in der Ukraine." *bpb.de*, 15. März 2023, www.bpb.de/themen/europa/krieg-in-der-ukraine/. Letzter Zugriff: 20. August 2024.
- "Deutschland unterstützt die Ukraine langfristig." *Deutscher Bundestag*, 15. März 2024, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw11-de-ukraine-992936. Letzter Zugriff: 20. August 2024.
- Edenberg, Elizabeth, und Michael Hannon, Herausgeber*innen. *Political Epistemology*. Oxford UP, 2021.
- Görke, Alexander. "Journalismus und Wissenschaft." *Handbuch Journalismustheorien*, herausgegeben von Martin Löffelholz und Liliane Rothenberger, Springer Fachmedien, 2016, S. 683-698, DOI:10.1007/978-3-531-18966-6_42.
- Jaster, Romy, und Geert Keil. "Wen sollte man nicht an die Universität einladen?" *Wissenschaftsfreiheit im Konflikt*, herausgegeben von E. Özmen, Springer, 2021, S. 141-159, SpringerLink, https://doi.org/10.1007/978-3-662-62892-8_9.
- Jun, Uwe, und Karsten Grabow. "Mehr Expertise in der deutschen Politik? Zur Übertragbarkeit des 'Evidence-based Policy Approach'." *Zukunft Regieren: Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik*, Bd. 1, Bertelsmann Stiftung, 2008.
- Lambrecht, Christine. "Rede von Christine Lambrecht im Bundestag." *Bundesministerium der Verteidigung*, 23. März 2022, www.bmvg.de/de/aktuelles/rede-christine-lambrecht-bundestag-5379970. Letzter Zugriff: 23. Juli 2024.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB BW). „Ukraine-Konflikt.“ *lpb-bw.de*, [https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt](http://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt). Letzter Zugriff: 20. August 2024.
- Leiter, Brian. "The Paradoxes of Public Philosophy." *Indian Journal of Legal Theory*, Bd. 1, 2016, S. 51-66.
- Mouffe, Chantal. "Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism?" *Social Research: Prospects for Democracy*, Bd. 66, Nr. 3, 1999, S. 745-758.
- Pielke, Roger A. *The Honest Broker: Making Sense of Science in Policy and Politics*. Cambridge UP, 2007.
- "Putin droht und spioniert: Wie wehrhaft ist Deutschland?" *Hart aber fair*, 8. Mai 2023, ARD Mediathek, <https://www.ardmediathek.de/video/hart-aber-fair/putin-droht-und-spioniert-wie-wehrhaft-ist-deutschland/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmEtM2VmMjViNGItNmFiYi00NGE1LTk3ZmYtMmQ2ZTU0NjdjMDBI>. Letzter Zugriff: 20. August 2024.
- Rawls, John. *Political Liberalism*. Columbia UP, 1993.

Rovelli, Carlo. *Reality Is Not What It Seems: The Journey to Quantum Gravity*. Übersetzt von Simon Carnell und Erica Segre, Riverhead Books, 2017.

Trench, Brian. "Towards an Analytical Framework of Science Communication Models." *Communicating Science in Social Contexts: New Models, New Practices*, herausgegeben von Donghong Cheng, Michel Claessens, Toss Gascoigne, Jenni Metcalfe, Bernard Schiele und Shunke Shi, Springer Netherlands, 2008, S. 119-138, ISBN 978-1-4020-8597-0.

Westdeutscher Rundfunk (WDR). "Louis Klamroth, Der Moderator." *Hart aber fair*, WDR, 2024,

<https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/ueberuns/hartaberfairmoderator100.html>.

Letzter Zugriff: 23. August 2024.

Wissenschaftskommunikation: Positionspapier. Wissenschaftsrat, Okt. 2021,
<https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/9367-21.pdf>.

Vowe, Gerhard. "Massenmedien." *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*, 2018,
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202067/massenmedien/>. Letzter Zugriff: 23. August 2024.

Eidesstattliche Erklärung

Von Plagiat spricht man, wenn Ideen und Worte anderer als eigene ausgegeben werden. Dabei spielt es keine Rolle, aus welcher Quelle (Buch, Zeitschrift, Zeitung, Internet usw.) die fremden Ideen und Worte stammen, ebenso wenig, ob es sich um größere oder kleinere Übernahmen handelt oder ob die Entlehnungen wörtlich oder übersetzt oder sinngemäß sind. Folgende Fälle stellen Plagiate dar:

- Einreichen einer Arbeit, mit deren Erstellung eine andere Person beauftragt wurde;
- Einreichen einer fremden Arbeit unter eigenem Namen;
- wörtliche Übernahme von Textpassagen aus Werken Anderer, ohne diese graphisch als Zitat zu markieren und/oder ohne die Quelle an der entsprechenden Stelle im Text kenntlich zu machen;
- Übernehmen von Ideen, Aussagen oder Argumentationen, ohne die Quelle eindeutig kenntlich zu machen;
- Übersetzen von Texten oder Textpassagen, ohne die Quelle kenntlich zu machen.

In solchen Fällen kann keine Leistung der/des Studierenden anerkannt werden: Das Plagiat bzw. der Täuschungsversuch wird in Agnes (bzw. in nicht modularisierten Studiengängen in der Karteikarte) vermerkt, die Prüfung gilt als nicht bestanden und es gibt keine ECTS-Punkte für die Lehrveranstaltung. Weiterreichende (auch strafrechtliche) Konsequenzen sind möglich. Ich erkläre hiermit, diesen Text zur Kenntnis genommen und in dieser Arbeit kein Plagiat im genannten Sinne begangen zu haben.

31.08.2024 

Datum, Unterschrift